

## KOMPAKT

Namen und Nachrichten

**Italien.** Die Leichen von vier Flüchtlingen sind auf einem Boot vor der Küste Italiens entdeckt worden. 67 Menschen nahm ein Frachter an Bord, teilte die Marine mit. Seit Jahresbeginn kamen mehr als 3400 Menschen im Mittelmeer ums Leben.

**Australien.** Wegen Aufstachelung zum Rassenhass hat ein Gericht in Sydney zwei Mitglieder einer rassistischen Bewegung in U-Haft genommen. Die Männer hatten Muslime auf der Straße beleidigt und attackiert. Mitte Dezember hatte ein Exiliraner und IS-Sympathisant ein Café überfallen und 17 Geiseln festgehalten.

**Afghanistan.** Bei Gefechten in der Provinz Kunar wurden nach Polizeiangaben in den letzten zwei Wochen mindestens 151 Taliban-Kämpfer getötet. Sechs Soldaten kamen dabei um, 18 wurden verwundet. 17 getötete Aufständische seien Ausländer gewesen.

## LEUTE

## Stavros Dimas scheitert bei Präsidenten-Wahl



**Athen.** Stavros Dimas, einziger Kandidat für das Amt des griechischen Staatspräsidenten, hat gestern im zweiten

Wahlgang im Parlament die nötige Zweidrittelmehrheit verfehlt. Sollte Dimas auch in der dritten Runde am 29. Dezember scheitern, gibt es Neuwahlen im Januar. Dies ist das Ziel der Linken, die in allen Umfragen vorn liegt. dpa

FOTO: DPA

## Fidel Castro fehlte bei der Feier in Havanna



**Havanna.** War Fidel Castro (88) gar nicht beteiligt an dem Abkommen, mit dem sein Bruder Raúl und US-Präsident Obama

die 55-jährige „Eiszeit“ zwischen beiden Staaten beendeten? Der „Máximo Líder“ wurde seitdem nirgendwo gesichtet, er fehlte selbst bei der Heimkehr der letzten drei Spione, die nach 16 Jahren in US-Haft frei kamen. FOTO: DPA

## ZAHL DES TAGES

**2,3** Kinder bringt jede Frau in Indien zur Welt, 1,25 Milliarden Menschen leben in dem Schwellenland. Die Geburtenrate sinkt auch dort.

## WORTLAUT

„Wir alle sind durch die Weihnachtsbotschaft dazu aufgerufen, am Friedensprojekt Europa mitzuwirken.“

Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland



## Zwischen Kabinett und Klassenarbeit

Ministerin Barbara Steffens über den Spagat von Politik und Privatleben, unpassende Chef-Sprüche und heikle SMS-Nachrichten von ihrem Sohn

Von Tobias Blasius

**Düsseldorf.** Als Landesministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter arbeitet **Barbara Steffens** (Grüne) für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als eine der ganz wenigen alleinerziehenden Mütter in einem politischen Spitzenamt erlebt die 52-Jährige die alltäglichen Unvereinbarkeiten auch ganz persönlich.

## Ministerin und alleinerziehende Mutter – was ist die größte Herausforderung?

Anders als viele andere Alleinerziehende bin ich als Abgeordnete oder Ministerin immer in der privilegierten Lage gewesen, mir Betreuungshilfe leisten zu können. Mir ist sehr bewusst, dass das ein Luxus ist, den viele Frauen nicht kennen. Eines aber gilt gleichermaßen für Ministerin, Erzieherin, Krankenschwester oder Pflegekraft: Als Mutter braucht man in allererster Linie Verlässlichkeit. Berufstätige Eltern sind darauf angewiesen, dass vereinbarte Zeiten eingehalten werden. Der von manchem Chef so leicht dahingesagte Satz „Auf die Stunde kommt's doch heute nicht an“ lässt völlig außer Acht, dass eine Stunde für die Betreuungskette eines Kindes fast den Weltuntergang bedeuten kann.



„Für meinen Sohn bin ich jederzeit erreichbar.“

## Ihr älterer Sohn ist 20 und schon aus dem Haus, der jüngere erst 12. Lässt sich in einem Ministeramt der Tag wirklich so strikt planen?

Wie andere berufstätige Mütter muss ich Familienzeit sehr konsequent planen. Wenn ich also nicht gerade ganz früh nach Berlin fliegen muss oder andere unaufschiebbare Verpflichtungen habe, lege ich Termine grundsätzlich so, dass ich noch gemeinsam mit meinem Sohn frühstücken und das Haus verlassen kann. Abends nehme ich mir oft Akten mit nach Hause, die ich auch nach dem gemeinsamen Essen mit meinem Sohn noch bearbeiten kann.

## Politik ist oft ein familienunfreundliches Abendgeschäft. Können Sie sich dem entziehen?



Hand drauf! Barbara Steffens und Sohn 1995 mit Johannes Rau bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags. FOTO: MGEPA

Das ist eine Frage der Organisation. Man kann und muss sich als Mutter in der Politik manchen Ritualen ein Stück weit entziehen. Wenn ich während Koalitionsverhandlungen auch mal nachts arbeiten muss, Sorge ich natürlich dafür, dass das zuhause funktioniert. Ich habe aber gleich nach Amtsantritt klargestellt, dass ich es für keine zielgerichtete politische Arbeitsweise halte, ohne Not abends in Hinterzimmern von Kneipen zu diskutieren. Tagsüber lässt sich Vieles konzentrierter besprechen. Ich habe dafür viele positive Rückmeldungen erhalten – übrigens auch von Männern.

## Der Sturz in der Schule oder plötzliches Fieber zerstören doch jede noch so gute Planung.

Für meinen Sohn bin ich jederzeit erreichbar. Er kann mich übers Handy anrufen, über das Ministerium und bei auswärtigen Terminen auch über meine Fahrer. Wenn während der Kabinettsitzung zuhause etwas passiert, hat er die Nummer der Staatskanzlei und kann mich heraufrufen lassen.

## Sie sitzen mit der Ministerpräsidentin zusammen und lassen sich wegen einer verhassten Mathearbeit aus dem Kabinett rufen?

Wenn es etwas gibt, was im Leben des Kindes gerade wichtig erscheint, müssen sie als Mutter

ansprechbar sein. Bei einer verhassten Mathearbeit bin ich mir allerdings ziemlich sicher, dass mir mein Sohn nur kurz vor der Kabinettsitzung eine SMS schicken würde, weil er weiß, dass ich dann erst einmal einige Stunden nichts dazu sagen kann.

## Wenn man auf alten Fotos sieht, wie Sie 1995 mit Ihrem Sohn auf dem Arm neben dem Ministerpräsidenten Johannes Rau den rot-grünen Koalitionsvertrag unterschreiben, strahlt das große Selbstverständnis aus. Woher kam das?

Grundsätzlich vertrat ich schon damals die Ansicht, dass junge Mütter der Politik gut tun, weil sie ganz bestimmte Alltagsprobleme aus eigener Erfahrung kennen und dadurch Veränderungen bewirken

können. In der konkreten Situation der Koalitionsverhandlungen hat es mir als Mutter aber vor allem Johannes Rau leicht gemacht.

## Rau mochte die Grünen nie sonderlich, dafür aber deren Kinder?

Zu meinem kleinen Sohn war Rau damals einfach klasse. Er hat mir für die Koalitionsverhandlungen ein Zimmer in der NRW-Landesvertretung Bonn besorgt, wo wir tagten. Eine Sozialdemokratin musste dafür sogar ins Hotel umziehen. So konnte ich arbeiten und der Kleine nebenan schlafen. In Verhandlungspausen hat Rau meinem Sohn gerne vorgemacht, wie ein Huhn gurr. Das konnte er glänzend.

## 2003 war die Atmosphäre weniger herzlich. Ministerpräsident Peer Steinbrück warf Sie aus dem Koalitionsausschuss, weil Sie Ihren Säugling mitgebracht hatten.

Esging damals nur darum, eine halbe Stunde bei der Kinderbetreuung zu überbrücken, weil mein damaliger Mann sich im Schneegestöber verspätet hatte. Aber Steinbrücks Haltung war: Kinderwagen haben in der Politik nichts zu suchen. Ich glaube, dass Politik und Wirtschaft heute insgesamt weiter sind. Wer als Mutter oder Vater das Kind ausnahmsweise mit zur Arbeit nehmen muss, wird nicht mehr so leicht als Störenfried hingestellt.

Seit 1994 in der Landespolitik aktiv

■ **Barbara Steffens** (52) ist seit 2010 Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter. Die Grünen-Politikerin aus Mülheim an der Ruhr ist gelernte Biologisch-Technische Assistentin. Zwischen 1994 und 2000 war sie Landeschefin ihrer Partei, danach Landtagsabgeordnete. Sie hat zwei Söhne im Alter von 20 und 12 Jahren.

## Gauck mahnt: Nicht den Ängsten folgen

Das Wort „Pegida“ vermeidet der Bundespräsident. Doch seine Botschaft ist klar

Von Julia Emmrich

**Berlin.** „Fürchtet euch nicht!“ ruft der Bundespräsident den Deutschen zu. „Mit angstgeweiteten Augen werden wir Lösungswege nur schwer erkennen.“ Es ist nicht nur der Pfarrer, der da spricht, es ist auch der besorgte Beobachter eines Landes, in dem Angst- und Wutbürger neuerdings zu Zehntausenden auf die Straße gehen.

In seiner Weihnachtsansprache nimmt Joachim Gauck das Wort „Pegida“ nicht in den Mund, doch sein Appell gegen die Angst richtet sich auch an jene, die in den letzten Wochen aufmarschiert sind, mit ihren oft diffusen Ängsten vor angeblicher

Überfremdung und islamistischem Terror.

„Ängste ernst zu nehmen heißt nicht, ihnen zu folgen“, mahnt Gauck in seiner vorab verbreiteten, sechsminütigen Rede, die traditionell am Abend des 1. Weihnachtstages von den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF ausgestrahlt wird. Das Staatsoberhaupt richtet sich damit ausdrücklich dagegen, Angst zur Grundlage des politischen Handelns in Deutschland zu machen.

Wer mit angstgeweiteten Augen Lösungen suche, werde eher „klein und mutlos“. Joachim Gauck erinnert die Deutschen stattdessen an ihre Stärken. Die weihnachtliche



Joachim Gauck FOTO: GETTY

Botschaft „Fürchtet euch nicht!“ sei als Aufforderung zu verstehen, „unseren Werten, unseren Kräften und übrigens auch unserer Demokratie zu vertrauen“. Auch die friedliche Revolution in der DDR vor 25 Jahren habe gezeigt, dass sich Verhältnisse zum Besseren wenden ließen, so Gauck weiter.

Vorbildlich seien diejenigen, die den „Wärmestrom“ der Mitmenschlichkeit lebendig hielten – in der Nachbarschaft, im Krankenhaus, in Heimen. Aber auch bei Einsätzen rund um den Globus – als Soldaten, Ebola-Ärzte oder Entwicklungshelfer. Jeder könne seinen Beitrag leisten. „Indem wir uns engagieren, wenn unsere Mitmenschen Hilfe brauchen. Indem wir Bedrohten Frieden und Verfolgten Schutz bieten.“

Gauck mahnte mit Blick auf die internationalen Krisenherde: „Kein Friede ist selbstverständlich.“ Auch der Frieden, den die Deutschen derzeit glücklich und in Freiheit erleben, sei kostbar.

## Wie die EU Andorras Euro an die Kette legt

Kleinstaat darf nur unter Auflagen prägen

**Andorra la Vella.** Andorra, gelegen in einem Hochtal der Pyrenäen, zählt weniger als 80 000 Einwohner. Ein Militär gibt es nicht, gesprochen wird Katalanisch. Das Amt des Staatsoberhauptes nehmen zwei ausländische Würdenträger wahr: der spanische Bischof von Urgell und der französische Staatspräsident. Eine eigene Währung besitzt Andorra nicht. Doch das ändert sich nun – ein bisschen.

Nach einer Vereinbarung mit der EU darf Andorra eigene Euro-Münzen prägen. Die Einführung soll am 15. Januar 2015 zunächst mit den Münzen von 50, 20 und 10 Cent beginnen. Die Ein- und Zwei-Euro-Münzen sollen später folgen.

Doch die Sache hat einen Haken. Die EU möchte nämlich vermeiden, dass die Andorra-Euros – ähnlich wie die in dem Kleinstaat produzierte Kunstwährung „Diner“ – hauptsächlich zu Liebhaberpreisen in Sammlertaschen verschwindet. Brüssel schreibt deshalb vor, dass 80 Prozent der andorranischen Euros zum Nennwert in Umlauf gebracht werden müssen und als allgemeines Zahlungsmittel gedacht sind. Höchstens 20 Prozent dürfen an Sammler gehen. Deshalb müssen die Münzen nach Ausgabe mit Euros aus anderen Ländern vermischt werden. Unter notarieller Aufsicht.

Willkommen in Euroland, liebe Andorraner. W.B.

## Scharfe Kritik der DDR-Bürgerrechtler an „Pegida“

**Dresden.** Mehr als 50 ehemalige DDR-Bürgerrechtler haben die anti-islamische „Pegida“-Bewegung und deren Bezug auf die Losung „Wir sind das Volk“ scharf kritisiert. Dieser Ruf habe 1989 für Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit gestanden, teilten die Akteure des friedlichen Wandels in der DDR mit. Ihre Erklärung endet: „Ihr sprecht nicht für '89, ihr sprecht für keine Freiheitsbewegung, ihr seid deren Schande.“

Statt der damaligen Slogans „Visa frei bis Hawaii“ und „Die Mauer muss weg“ fordere „Pegida“ im Grunde „Visa frei nur für uns“ und „Die Mauer muss her am Mittelmeer“. Das Eintreten von „Pegida“ gegen eine vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ stehe für ein „Dunkeldeutschland“. dpa

## FUNDSTÜCK

Die italienische Tageszeitung „La Repubblica“ über Papst Franziskus: „Es lebe der Papst, nieder mit der Kurie!“, würde man rufen nach der herrlichen Rede von Papst Franziskus vor den Verantwortlichen der römischen Kurie. Eine Rede mit einer bewundernswerten und mutigen Analyse der Liste der 15 Krankheiten, die die Machtbereiche des Vatikans ergreifen. Aber in Wirklichkeit handelt es sich um eine Analyse, die man perfekt auf jeden Hof ausweiten kann, der sich auf der ganzen Welt unvermeidlich um diejenigen formiert, die die Macht haben. Gestern (Montag, Red.) hat sich der Papst an die römische Kurie gerichtet, aber seine Worte betreffen praktisch alle Organe der Macht der heutigen Gesellschaft, von der Politik bis zur Wirtschaft, von Universitäten bis zu Gerichten in Italien und der ganzen Welt.“